

„Der Schlichterspruch ist eine Farce“

ARBEITSKAMPF Erzieher und Erzieherinnen kämpfen für mehr Anerkennung ihrer Leistungen in einem immer komplexer werdenden Aufgabenfeld

Von Peter Völker

GRÜNDAU/MAIN-KINZIG. Die Schulferien haben begonnen, auch in vielen Kitas naht die Sommerpause. Kita-Streiks sind momentan nicht akut, ver.di befragt seine Mitglieder zum Schlichterspruch. Am 13. August sollen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Viele Erzieherinnen sind der Ansicht, dass die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Eine davon ist Angela Holzderber aus Gründau. Mit dem GT spricht sie über die geänderten Anforderungen in ihrem Beruf und den Streik.

Angela Holzderber wurde 1965 in Hanau geboren. Sie ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in Hain-Gründau. Ihre Ausbildung schloss sie erfolgreich als „Erzieherin - städtisches Kolloquium“ an der Fachschule für Sozialpädagogik in Gelnhausen mit Fachabitur ab. Ihr Vorpraktikum und das Anerkennungsjahr absolvierte sie bei der Stadt Hanau. Ab 1993 war sie als Erzieherin bei der Gemeinde Gründau (Kita „die Buntspechte“ - Hain-Gründau) tätig. Seit fünf Jahren ist sie als Erzieherin bei der Stadt Hanau angestellt. Dort ist sie auch Mitglied des Personalrates des Eigenbetriebs für die Kindertagesstätten.

GT: Sie haben selbst Kinder und das ist neben der großen Freude sicherlich auch

eine ganz schön anstrengende Lebensaufgabe. Warum hat man das Bedürfnis, auch noch andere Kinder zu erziehen und wird Erzieherin?

Angela Holzderber: Mein erster Berufswunsch war eigentlich Motorradmechanikerin, leider war dies zu einer Zeit, zu der Mädchen bei solchen Berufswünschen nicht ernst genommen wurden. Mein zweites Schulpraktikum leistete ich in einer Kindertagesstätte ab. Ich fand die Vorstellung, in einer Kindertagesstätte zu arbeiten, sehr attraktiv. In der Ausbildung bemerkte ich sofort, dass ich den richtigen Weg eingeschlagen hatte. Es ist immer wieder spannend mitzuerleben, welche Entwicklungsschritte Kinder in den Jahren in den Kindergärten machen – das macht den Reiz der Arbeit aus. Besonders bei Kindern mit ganz speziellen Bedürfnissen stellt es eine große Herausforderung dar, zu erziehen und zu fördern. Wenn das gelingt, weiß man: „Das hast du richtig gut hinbekommen!“ So ein Gefühl ist befriedigend und gibt unserer Arbeit Sinn und strahlt auch in die eigene Familie aus.

Ver.di konnte für den Arbeitskampf bundesweit gut mobilisieren. Woran lag das?

Die Rahmenbedingungen in allen sozialen Berufen sind in den letzten 20 Jahren immer schlechter geworden. Die Anforderungen sind gestiegen und das Gehalt wurde nicht entsprechend angepasst. Es war einfach an der Zeit, das zu ändern. In unserem Beruf arbeiten wir nach dem hessischen Erziehungs- und Bildungsplan. Dies ist ein

sehr gutes Rahmenpapier. Vieles, was in Bezug auf Förderung dort verankert ist, kann allerdings mit dem gängigen Personalschlüssel nicht geleistet werden. Oft ist die Fachkraft allein in der Gruppe; teilweise mit bis zu 25 Kindern. Dass unter solchen Umständen das Fördern und auf die Schule vorbereiten auf der Strecke bleibt, liegt auf der Hand. Der eigene Anspruch, gute Arbeit leisten zu wollen, der Anspruch des Trägers und der Eltern bleiben jedoch bestehen. Das hat bei den Beschäftigten zu Unmut geführt. Das Kinderförderungsgesetz (Kifög) trägt nicht zur Verbesserung der Bedingungen bei, es verschlechtert sie sogar unter Umständen, da kleinere Kommunen, um einigermaßen wirtschaftlich zu bleiben, die Kinderzahlen in den Gruppen erhöhen werden.

Die Verantwortung, die Belastungen und der damit verbundene Arbeitsdruck ist in den letzten Jahren in den Kindertagesstätten (Kitas) deutlich gestiegen. Warum wurde für die Beschäftigten nur eine geldwerte Forderung auf Höhergruppierung und keine entlastenden Forderungen wie beispielsweise neue Stellen oder kleinere Kindergruppen gestellt?

Forderungen nach einem besseren Personalschlüssel gibt es, seit ich Erzieherin bin. Es hat sich nicht viel zum Besseren gewendet. Teilweise erhöhen die Städte und Ge-

meinden die Gruppenzahl wieder auf 25 Kinder. Die Kita-Leitungen sind, besonders in kleineren Kommunen immer noch nicht freigestellt, auch eine Forderung so lang ich denken kann. Stellvertretende Leitungen werden trotz Mehraufwand gar nicht oder erst ab der dritten Woche Vertretung als Stellvertretung bezahlt, viele Erzieher arbeiten ohne Vorbereitungszeit, in der sie Projekte planen, Elternabende vorbereiten, Briefe und Berichte verfassen können etc.. Vor diesem Alltagsgrund für die Beschäftigten ist Kifög eingeführt worden. Meiner Meinung nach ein absoluter Rückschritt. Ein angemessenes Gehalt ist für jeden wichtig, auch für Menschen in sozialen Berufen. Wir müssen unsere Rechnungen genau so bezahlen wie jeder andere Mitbürger. Wieso werden wir ungerecht behandelt, wenn wir wie die anderen Arbeitnehmer eine gerechte Entlohnung fordern?

Wie drücken sich bei Ihnen konkret die gewachsenen Aufgaben aus?

Früher war ich Erzieherin – heute bin ich Bildungs- und Erziehungspartner und das nicht nur für die Kinder. Es werden mehr Elterngespräche geführt. Darüber hinaus arbeiten wir übergreifend mit Therapeuten, Familienhelfern, Jugendämtern, Ärzten und Schulen zusammen. Bei jeder Aktivität müssen wir die Alterszielgruppe von zwei bis sechs Jahren im Auge haben und altersgerechte Angebote entwickeln. Jedes Kind soll Spaß haben, gefördert werden und etwas lernen. Wir schauen hier also nach sprachlichen,

körperlichen und kognitiven Defiziten. Alles wird vorbereitet und dokumentiert. Einfach nur mal einem Kind ein Buch vorlesen oder mit zwei bis drei Kindern am Tisch ein Spiel spielen, ist zeitlich kaum noch zu leisten.

Bei diesem Arbeitskampf, wie auch bei Arbeitskämpfen bei der Bahn oder von Journalisten, kommt es zum Konflikt zwischen den berechtigten Forderungen und dem grundgesetzlich verankerten Recht auf Streik der Beschäftigten und dem Anspruch der Bevölkerung auf Grundversorgung. Wie beurteilen Sie diese Situation? Haben Sie Verständnis für alleinerziehende Mütter, die keine anderen Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Kinder haben und was sagen Sie ihnen aus Sicht der Streikenden?

Natürlich habe ich Verständnis für die Eltern, die keine anderen Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder haben. Genau aus diesem Grund wurde von ver.di kommuniziert, dass es „Notplatz“-Vereinbarungen geben kann, damit es zu keinen Engpässen bei solchen Eltern kommt. Einige Städte und Gemeinden haben dies in Anspruch genommen oder von sich aus eine Notbetreuung organisiert. Andere dachten, sie könnten den Streik und die damit verbundenen Probleme der Eltern aussitzen und haben nichts gemacht. Teilweise haben die Arbeitgeber sogar versucht, den Buhmann den Streikenden zuzuschieben und erst ganz spät eine Notbetreuung organisiert.

Würde von öffentlichen oder privaten Arbeitgebern Druck ausgeübt, sich nicht an den Streiks zu beteiligen?

Im Main-Kinzig-Kreis haben wir von einigen Arbeitgebern gehört, die genau das versucht haben, damit sich so wenig wie möglich Arbeitnehmer am Streik beteiligen. Einige Kolleginnen und Kollegen haben sich davon einschüchtern lassen, andere eben nicht, da hat es eher das Gegenteil bewirkt.

Wenn Sie zwei Wünsche an die Politik frei hätten, was würden Sie aus Ihrer Sicht als Erzieherin fordern?

Die Politiker sollten eine Woche bei uns in der Kita, Jugendamt, Frühförderstelle und so weiter mitarbeiten – vieles würde sich damit relativieren und sie würden anfangen, zu verstehen wie die Praxis aussieht. Meine Arbeit sollte keine wirtschaftliche Zahl sein, sondern es muss endlich anerkannt werden, wie wichtig frühkindliche Bildung für unsere Gesellschaft geworden ist.

In letzter Zeit wird diskutiert, die Ganztagsunterbringung für Kleinstkinder auch in den Abend und die Nacht auszudehnen. Werden da die Kinder nicht total den Interessen der Wirtschaft angepasst? Neueste psychologische Bindungsforschungsstudien betonen, wie wichtig die Bindung an die Mutter oder eine vergleichbare Bezugsperson gerade für die Kleinstkinder ist. Fehlt diese, kommt es oft zu Entwicklungsstö-



Will weiter für die Forderungen der Erzieherinnen kämpfen: Angela Holzderber.

Foto: Völker

rungen. Niemand weiß heute, wie sich das auf unsere künftige Gesellschaft auswirkt. Wie stehen Sie zu diesem Problem?

Prinzipiell zeigen uns die Betreuungsformen in anderen Staaten, dass man nicht so kritisch mit dem Thema umgehen muss. In Deutschland wird immer noch an dem klassischen Rollenmodell „Frau kümmert sich um die Kinder und ist erst dann eine gute Mutter“ festgehalten. Auch deswegen wird ganz kritisch über eine erweiterte Betreuung von Kindern in den Abend hinein oder über Nacht gesprochen. Wenn die Bezahlung für das Betreuungspersonal stimmt und der Bedarf da sein sollte, dann kann über andere Modelle gesprochen werden. Die Bindung in den ersten drei Jahren ist für die Entwicklung der Kinder sehr wichtig – jedoch muss es nicht unbedingt die Mutter sein – hier kann mit dem entsprechenden Personalschlüssel für eine konstante Bezugsperson in der Kita für die Kinder gesorgt werden.

Also doch mehr Fachpersonal?

Das Problem wird sein, dass kein Fachpersonal für solche Aufgaben da sein wird. Wir leiden schon seit einigen Jahren an Nachwuchsmangel und es wird nicht besser. Durch die fünfjährige Ausbildung, in der man nichts verdient, gibt es immer weniger junge Menschen, die den Erzieherberuf ergreifen wollen. Zusätzlich gibt es kaum Aufstiegschancen sowie keine adäquate Bezahlung. In meinem Bekanntenkreis verdient ein Mechatroniker (19 Jahre jung) nach Beendigung seiner dreijährigen Ausbildung 3100 Euro, eine Erzieherin nach fünf Jahren Ausbildung verdient hingegen 2311 Euro. Da wundert es niemanden, dass der Beruf des Erziehers, der Erzieherin, nicht attraktiv ist – für junge Männer schon gar nicht. Dieses Beispiel drückt die Wertigkeit aus, die man

dem Erziehungsberuf im Vergleich zu anderen Berufen beimisst.

Wie beurteilen Sie den Schlichterspruch nach dem langen Arbeitskampf?

Der Schlichterspruch ist eine Farce. Nur sieben der von uns geforderten vierzehn Themenbereiche sind bedacht worden. Von einer Aufwertung kann also kaum eine Rede sein. Beschäftigte, die jetzt schon die Tarifgruppe S8 verdienen – zum Beispiel ist das bei der Stadt Frankfurt der Fall – würden nach dem jetzt vorliegenden Schlichterspruch sogar weniger Geld verdienen als vor dem Arbeitskampf. Nur die Leitungen sollen aufgewertet werden. Das ist für uns klar, denn prozentual sind davon weniger Beschäftigte betroffen und das ist nur ein Vorteil für die Arbeitgeber.

Verraten Sie uns Ihr Votum der Mitgliederbefragung von ver.di zum Schlichterspruch?

Das ist schwierig – die Arbeitgeber hoffen ja darauf, dass die Massen nicht mehr mobilisiert werden können. Ich persönlich habe auf der Bundesebene und in Hessen mitbekommen, dass die meisten Mitglieder empört über den Schlichterspruch sind und über die Fortsetzung des Arbeitskampfes diskutieren. Im Main-Kinzig-Kreis wird sich die Mehrheit gegen den Schlichterspruch aussprechen. Da bin ich mir sicher.

Würden Sie erneut streiken, wenn der Schlichterspruch von den Beschäftigten abgelehnt wird?

Ja! Ohne bundesweiten Arbeitskampf werden wir weder gehört noch wahrgenommen, geschweige denn ernst genommen. Der Arbeitskampf ist das einzige Mittel, das wir zur Verfügung haben, um etwas zu ändern, auch im Interesse der Kinder.